

Einen Schritt vor, zwei zurück

Die Groko macht nur Tempo beim Ausbau der Windkraft auf See – an Land tritt sie auf die Bremse

Von Henning Baethge

KIEL/BERLIN Vizekanzler Olaf Scholz zeigte sich mit den Beschlüssen der großen Koalition zur Windkraft an Land und auf See zufrieden: „Onshore-, Offshore-Wind – es geht voran“, verkündete der Finanzminister am Freitag in Berlin auf der Pressekonferenz der Groko zum Klimaschutzpaket. Der zuletzt eingebrochene Ausbau der Windenergie könne „wieder stattfinden“. Die Zuversicht des SPD-Vize teilt allerdings nicht jeder. Allen voran der Windenergie-Bundesverband BWE widersprach am Wochenende deutlich: Die Regierung habe „es vermurkst“, wettete dessen Präsident Hermann Albers. Er forderte daher die Länder auf, die Regierungspläne im Bundesrat noch zu ändern.

Tatsächlich macht die Groko beim Ausbau der Windkraft einen Schritt vor, aber zwei zurück. Zwar hebt sie die Obergrenze für den Ausbau von Windparks in Nord- und Ostsee von 15 Gigawatt Gesamtleistung auf 20 bis zum Jahr 2030 an. Das sei „eine sehr gute Nachricht“, lobte Kanzlerin Angela Merkel sich und ihre Regierung. Doch zugleich bremst die Groko beim Ausbau der Windkraft an Land, der wichtigsten Säule der erneuerbaren Energien, kräftig.

So nahm sie auf Druck von Merkels Unionsfreunden nicht nur die zunächst auch hier geplante Ausweitung der Ausbaukontingente in letzter Minute zurück. Vielmehr konnte die Unionsfraktion auch durchsetzen, dass künftig grundsätzlich überall ein Mindestabstand von 1000 Metern zwischen neuen Windrädern und Wohnsiedlungen eingehalten werden muss – und zwar auch dann, wenn das neue Windrad nur ein altes ersetzt. „Wir müssen etwas tun für die Akzeptanz“, begründete Merkel diesen Beschluss. Die Windenergie-Kritiker vom Verein Vernunftkraft zeigten sich prompt erfreut: „Wir begrüßen den Ansatz für bundesweit einheitliche Mindestabstände“, sag-



In Zukunft soll grundsätzlich überall ein Mindestabstand von 1000 Metern zwischen Windrädern und Wohnsiedlungen gelten – die Länder können aber davon abweichen. FOTO: STEINMETZ

te die schleswig-holsteinische Vereinssprecherin Susanne Kirchhof.

BWE-Präsident Albers hält dagegen nichts vom Mindestabstand und glaubt auch nicht, dass Windräder so beliebter werden. „Pauschale Abstände schränken die Handlungsmöglichkeiten vor Ort massiv ein und sorgen für mehr Frustration, statt mehr Akzeptanz zu erreichen“, schimpfte der Husumer. Zudem werde „die Regional- und Landesplanung ins Chaos gestürzt“. Auch Grünen-Chef Robert Habeck kritisierte, dass der Windkraftausbau jetzt „faktisch unmöglich“ werde. Und die Geesthachter SPD-Bundestagsabgeordnete Nina Scheer, Rivale von Scholz im Kampf um den SPD-Vorsitz, wettete: „Mit den nun definierten Abstandsregelungen wird der Einbruch beim Windkraft-Ausbau eher noch verschärft.“

Habeck kritisiert die Groko – Stegner nennt ihn scheinheilig

Der neue Mindestabstand wäre nicht zuletzt für Schleswig-Holsteins Jamaika-Koalition und ihre noch laufende neue Windkraftplanung ein Riesenproblem – hätte die Groko nicht immerhin eine Ausstiegsklausel für Länder und Gemeinden in ihren Beschlüssen verankert. Ein Land kann demnach innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten der Neuregelung kleinere Mindestabstände als 1000 Meter

gesetzlich festlegen, eine Gemeinde auch danach noch. Solche Kommunen sollen dann über die Grundsteuer sogar stärker an den Einnahmen der Windparks beteiligt werden als künftig ohnehin schon geplant.

Der Kieler Umweltminister Jan Philipp Albrecht hat schon angekündigt, dass das Land die Ausstiegsklausel nutzen und seine Flächenplanung nicht noch mal von vorn beginnen will. Vielmehr sollen die Pläne 2020 fertig werden. „Ein erneutes Nachbessern der Abstandsregelungen im Lichte bundesweiter Vorgaben kommt für mich nicht in Frage“, sagte der grüne Minister.

Zwar hat die Jamaika-Koalition schon vor zwei Jahren noch mit dem damaligen Umweltminister Habeck ebenfalls beschlossen, dass im Land ein Mindestabstand von 1000 Metern statt bisher 800 für neue Windräder kommen soll – doch gilt der nicht für all diejenigen Anlagen, die nur alte ersetzen. Und das ist angesichts der Vielzahl alter Windräder im Land ein entscheidender Unterschied zu den Groko-Plänen. Darum trifft auch ein Vorwurf von SPD-Landtagsfraktionschef Ralf Stegner an Habeck nur teils zu: Der SPD-Vize unterstellte dem Grünen wegen dessen Kritik an der Groko „die Rhetorik eines Oppositionspolitikers, der in der Regierung ganz anders handelt“, und nannte ihn „scheinheilig“.

Windkraft-Kritikerin Kirchhof forderte CDU und FDP im Land auf, die künftige Bundesregelung auch im Norden eins zu eins umzusetzen. Nur über „akzeptable und gleiche Abstände und nicht über das Aufweichen der neuen Mindestabstandsregeln“ sei eine Planung „mit Augenmaß und Respekt vor den betroffenen Menschen“ möglich, sagte sie.

Weitermachen wie bisher darf Bayern. Die CSU hat in der Groko durchgesetzt, dass im Freistaat auch künftig der noch viel größere Mindestabstand von der zehnfachen Höhe eines Windrads gelten darf – oft wären das 2000 Meter.